



Susan Bartels de Pareja

Rückblick und Ausblick

IGS Linden

Die Bausubstanz der IGS Linden ist in Hannover seit Jahren ein emotionales Thema: Undichte Dächer und Fenster, marode Toiletten, absackende Gebäudetrakte, Raumnot, Auslagerung von Klassen, gesperrte Fachräume, Baulärm usw.

Hoffnungsvoll wurde 2019 daher der Ampelantrag zum möglichen Neubau der IGS Linden beschlossen, was sich drei Jahre später als Seifenblase entpuppte: Laut Baumanagement sei nach Prüfung und aufgrund fehlender Alternativen neuer Flächen ein Neubau faktisch ausgeschlossen. Diese ernüchternde Feststellung schürte bei Eltern-, Schüler*innen- und Lehrkräftevertretungen Enttäuschung und das Gefühl intransparenter Prüfungen, kurzfristiger und nicht allen zur Verfügung stehender Informationen trotz zahlreicher Austausche zwischen der Verwaltung und Beteiligten der IGS Linden. Eine Geschichte, die nicht enden wollte! In der Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses am 23. November 2022 führte ein Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD zur Sanierung bei laufendem Unterricht (damit es endlich weitergehe...) aufgrund der bekannten fehlenden Alternativen zu einer Art „November“-Eklat: Es wurde stattdessen der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Gruppe DIE PARTEI & Volt und den Lehrkräftevertreter*innen mit Unterstützung der Schüler- und Elternvertreter*innen und der CDU beschlossen. Der Änderungsantrag forderte eine fundierte Machbarkeitsstudie, die der Sanierung im Bestand vorangestellt werden sollte, um einen neutralen Blick von (verwaltungs-)unabhängigen Expert*innen auf mögliche Alternativen zu ermitteln. Vom Mehrheitsbeschluss im Schulausschuss blieb dann lediglich eine Art Statement übrig: In den weiteren Entscheidungsgremien des Rates, in denen ausschließlich Parteien das Stimmrecht haben, wurde besagter Änderungsantrag gekippt und die Sanierung bei laufendem Unterricht endgültig beschlossen. Es war ein voraussehender – im Zusammenhang mit dem 18. Gymnasium schon bekannter – Vorgang. Anerkennend sei trotz Frust anzumerken, dass nicht in jeder Kommune Interessenvertreter*innen Stimmrechte bekommen – soll heißen, die LHH ist grundsätzlich an den Vorschlägen der Schüler*innen, Eltern- und Lehrkräftevertreter*innen interessiert und nimmt sie – nicht immer, aber grundsätzlich – ernst.

Fast wie ein kleines Versöhnungszeichen wirkte die Einladung von Bildungsdezernentin Rita Maria Rzyski in der ersten Sitzung 2023. Sie verkündete eine gemeinsame Schulausschuss-Exkur-

sion nach Kopenhagen zur Schulbaumesse im Juni 2023. Dort könnten Anregungen zu innovativem Schulbau gesammelt und diese für den weiteren Austausch bei Beteiligungsverfahren genutzt werden. Das Angebot zur Teilnahme schließt auch die Eltern- und Schülervertretung der IGS Linden ein, wobei die Kosten für die Schüler*innen von der Stadt übernommen werden.

Spender für Menstruationsartikel

Ebenso mit Potential zu einer endlosen Geschichte widmete sich der Schulausschuss in der Sitzung am 25. Januar 2023 dem Thema Bereitstellung von Spendern für Menstruationsartikel. Unterschwellig scheint wohl das angekratzte Vertrauensverhältnis zwischen den Fraktionen und den Interessenvertreter*innen Auslöser für die darauffolgende Grundsatzdiskussion gewesen zu sein. Es ist jedenfalls erstaunlich, wie lange eine Sitzung gemessen an der überschaubaren Zahl von eingereichten Anträgen dauern kann. Letztlich wurde ein rot-grüner Antrag beschlossen, der im Wesentlichen die – laut Verwaltung – schon bestehenden Möglichkeiten erneut manifestierte. Danach war die Wirkung der vorangegangenen Einladung zur Exkursion nach Kopenhagen so ziemlich verpufft.

Übergang von „Vier auf Fünf“

In der Sitzung am 22. Februar 2023 ließ der Bericht der Bildungsdezernentin zum Anwahlverfahren beim Übergang von Klasse vier auf fünf aufhorchen, bei dem sie sich erstaunlich offen an die politischen Fraktionen wandte und in gewisser Weise die Verwaltungsneutralität verließ: Sie sprach die ausdrückliche Bitte aus, politischen Gestaltungswillen zu zeigen. Es ging im Wesentlichen um die Optimierung des Anmeldeverfahrens an den weiterführenden Schulen. Sollte politisch der Äußerung der Verwaltung entsprochen werden, würde es bedeuten, einen gemeinsamen Anmeldetag für alle weiterführenden Schulen, auch der Integrierten Gesamtschulen, einzuführen. Laut Elternvertreter*innen würde dieses Vorgehen dem Elternwillen entgegenkommen. Da sich die IGS als Angebotsschule versteht, wird dieses (gleichmachende) Verfahren von dieser Schulform jedoch kritisch gesehen.

Schulformwechsel

Zudem wurde in der Februarsitzung ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD zur (Wieder-)Aufnahme einer intensiven – möglichst lösungsorientierten – Auseinandersetzung mit dem Schulformwechsel beschlossen. Bekanntlich sind die Klassen der meisten Gymnasien von Jahrgang fünf bis acht, im Gegensatz zu anderen SEK I-Schulen, voll. Ab Jahrgang acht kehrt sich dieses um und insbesondere IGSen bringt es an ihre räumlichen und pädagogischen Kapazitätsgrenzen. Demgegenüber steht, dass sich häufig Oberstufenkurse in der Schüler*innenzahl verkleinern und im Verhältnis zu den vollen Klassen viel Raum einnehmen. Die Verwaltung muss demnach Schulplätze in größerem Ausmaß doppelt vorhalten: Ausreichend Schulplätze in den unteren Gymnasialzweigen und zusätzliche Schulplätze für die zu er-

